Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Meß-Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 289. Sonnabend den 16. October 1886. 80. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

**Sonntag, den 17. October, Vormittags nur bis ½9 Uhr**

geöffnet.

**Expedition des Leipziger Tageblattes.**

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Die diesjährige **Michaelismesse** endigt mit dem 16. October.

An diesem Tage sind die Buden und Stände auf **den Plätzen der inneren Stadt** bis 4 Uhr Nachmittags vollständig zu räumen und bis spätestens 8 Uhr Morgens des 17. October zu entfernen.

Die auf dem **Augustusplatze** und auf den **öffentlichen Wegen** und **Plätzen** der **Vorstadt** befindlichen Buden und Stände sind bis Abends 8 Uhr des 16. October zu räumen und in der Zeit vom 18. bis 21. October, jedoch lediglich während der Tagesstunden, von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends abzubrechen und wegzuschaffen.

Vor dem 18. October darf mit dem Abbruche der Buden und Stände auf dem Augustusplatze nicht begonnen werden.

Dagegen ist es gestattet, Buden und Stände auf dem Roßplatze, welche vor Beendigung der Messe leer werden, früher, jedoch nicht am Sonntage, den 17. October, abzubrechen und wegzuschaffen, dafern nicht dadurch Störung des Verkehrs oder Benachtheiligung des Geschäftes in den stehenbleibenden Buden herbeigeführt wird.

Es bleibt auch diesmal nachgelassen, die Schaubuden auf dem Roßplatze und Königsplatze, sowie diejenigen Stände daselbst, **an welchen nur Lebensmittel feilgeboten** werden, noch am 17. October geöffnet zu halten.

Die Schaubuden, sofern sie auf Schwellen errichtet, ingleichen die Carroussels und Zelte sind bis Abends 10 Uhr des 17. October, diejenigen Buden aber, rücksichtlich deren das Eingraben von Säulen und Stärben gestattet und eine längere Frist zum Abbruch **nicht** ertheilt worden ist, bis längstens den 23. October Abends 8 Uhr abzubrechen und von den Plätzen zu entfernen.

Zuwiderhandelnde gegen diese Vorschriften, für deren Befolgung beziehentlich auch die betreffenden Bauhandwerker oder Bauunternehmer verantwortlich sind, werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haftstrafe geahndet werden.

Uebrigens haben Säumige auch die Obrigkeitswegen zu verfügende Beseitigung der Buden ꝛc. zu gewärtigen.

Leipzig, den 4. October 1886.

IX. 9770 **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hennig.

### Bekanntmachung.

Unter dem heutigen Tage ist die dem hiesigen Kaufmann Herrn

**Gustav Heinrich Albert Tiemann**

ertheilte Concession zur gewerbemäßigen Beförderung von Auswanderern nach überseeischen Häfen und Abschließung von Schiffscontracten im Auftrage der concessionirten Schiffsexpedienten Morris & Co. in Hamburg, der concessionirten Auswanderungsexpedienten J. F. Siebers in Bremen und Julius Hartmann & Comp. in Antwerpen, sowie der Firma von der Becke & Marsily, obrigkeitlich concessionirte Schiffsexpedienten ebendaselbst, auf Ansuchen und nachdem Herr Tiemann die ihm ertheilte Bevollmächtigung nachgewiesen hat, dahin erstreckt worden, daß derselbe auch im Auftrage der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrtactien-Gesellschaft, vertreten durch Herrn Johann Wilhelm Meyer in Hamburg, Ueberfahrtsverträge mit Passagieren und Auswanderern abschließe, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, am 9. October 1886.

VI. 4585. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Troendlin. Fröhlich.

### Bekanntmachung.

Wegen Gasrohrlegungen wird

**das Barfußgäßchen**

während der etwa 2 Wochen in Anspruch nehmenden Arbeiten

**von Montag, den 18. d. M., ab**

für den **gesammten Fahrverkehr**, und die

**Klostergasse,**

sowie die

**Kleine Fleischergasse**

**von Donnerstag, den 21. d. M., ab**

für den **durchgehenden Fahrverkehr** gesperrt.

Auf die Dauer dieser Sperrungen wird das **Befahren des Thomasgäßchens** auch in der Richtung **nach dem Markte** gestattet.

Leipzig, am 14. October 1886.

IX. 10133. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hennig.

### Bekanntmachung.

Die Herstellung eines **Stacketes** aus Waldlatten um den städtischen Lagerplatz an der Eutritzscher Straße soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen Nr. 2645 und Nr. 2572 für diese Herstellung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, II. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen, resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

**„Waidlattenstacket"**

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 19. ds. Mts. Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Offerten abzulehnen.

Leipzig, am 11. October 1886.

D. 2796. **Des Raths der Stadt Leipzig**
**Straßenbau-Deputation.**

### Bekanntmachung.

Am 1. Januar 1887 ist bei dem unterzeichneten Polizeiamte die mit 2550 ℳ jährlichem Gehalt dotirte Stelle des dritten

**Criminal-Commissars**

neu zu besetzen. Juristisch gebildete Bewerber wollen ihre Gesuche sammt Zeugnissen baldmöglichst anher einsenden.

Leipzig, den 14. October 1886.

**Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.**
Bretschneider.

## Nichtamtlicher Theil.

### Bayern.

In Bayern hat sich seit dem Tode Ludwig's II. ein sehr bedeutender Umschwung vollzogen, welcher auf die Entwickelung der Reichsangelegenheiten von dem wohlthätigsten Einfluß theils schon gewesen ist, theils noch ferner sein wird. Unter Ludwig II. war bei einem großen Theil des bayerischen Volkes die Meinung verbreitet, daß der König im Grunde seines Herzens particularistisch gesonnen sei und es mit den Ultramontanen halte. Daher trat diese Partei mit einer Sicherheit auf, welche sonst nicht verständlich gewesen wäre, sie huldigte der Auffassung, daß sie ihre Forderungen nur recht oft und laut zu wiederholen brauche, um endlich doch damit durchzudringen und das verhaßte Ministerium Lutz zu stürzen. Die Aufrechthaltung dieser irrigen Meinung wurde nur durch die gänzliche Zurückgezogenheit des Königs möglich, sie leistete dem Glauben Vorschub, daß es nur nöthig sei, viel Lärm zu machen, um damit an höchster Stelle Eindruck hervorzubringen. Solche Sagenbildung ist unter der gegenwärtigen Regierung nicht möglich. Prinz Luitpold hat von dem Tage, an welchem er die Regentschaft übernahm, nicht den mindesten Zweifel darüber gelassen, welche Stellung er zum Ministerium Lutz und zur ultramontanen Partei, den sogenannten Patrioten, einnimmt, er hat die großen Verdienste des Ministeriums rückhaltlos anerkannt und er hat das hinter den Patrioten stehende Volk durch die unerwartete Mittheilung, daß der Papst mit der Lage der katholischen Kirche in Bayern vollständig zufrieden sei, überrascht und zugleich über die ganze Sachlage aufgeklärt. Das hat einen totalen Umschlag in der ultramontanen Partei zur Folge gehabt, die Centrumspartei ging mit fliegenden Fahnen in das Lager des Prinzregenten über und Hauptwortführer, wie Rittler und Sigl, folgten. Dr. Daller hat noch neulich in einer Parteiversammlung die Richtigkeit der Thatsache bestätigt, daß der Papst mit der Lage der Katholiken in Bayern zufrieden sei.

Diese von den meisten Vertretern der patriotischen Partei für ganz unbedenklich gehaltene Aufklärung hat auf die gesammten Parteiverhältnisse in Bayern wie ein reinigendes Gewitter gewirkt, unter solchen Umständen ist die Politik des Appells von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Regenten nicht mehr aufrecht zu erhalten und demgemäß auch nicht die Zweitheilung in Anhänger und Gegner des Ministeriums Lutz. Es wird auch in Zukunft nicht an solchen Vertretern des katholischen Standpunctes in Bayern fehlen, die päpstlicher sein wollen als der Papst, aber in grundlegenden Fragen wird die Opposition verstummen und das vom Prinz-Regenten gestützte und wegen seiner Geschicklichkeit und seiner in schwierigen Verhältnissen bewährten Vaterlandsliebe geschätzte Ministerium Lutz wird bei Vertretung der Regierungsvorlagen stets auf eine beträchtliche Mehrheit rechnen können. Die Patrioten können sich heute nicht mehr darauf berufen, daß die Uebereinstimmung zwischen Staatsoberhaupt und Ministerium nur eine scheinbare sei, daß es blos darauf ankomme, die Sache richtig anzufassen, um ihrer Partei zur Herrschaft zu verhelfen. Prinz Luitpold lebt mitten unter dem Volke, er nimmt an seinen Freuden und Leiden sichtbaren persönlichen Antheil. Er hat das Octoberfest in Person eröffnet, er wohnt in München und erscheint überall selbst, um sich zu überzeugen, ob Alles in Ordnung ist, oder ob Aenderungen nöthig sind. Vor Kurzem hat er eine Rundreise durch sein Land angetreten, um der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, mit ihm ihn persönliche Berührung zu kommen. Das hat den besten Eindruck gemacht, das an der Dynastie Wittelsbach mit ganzem Herzen hängende Bayernvolk ist ihm an allen Orten mit lautem Jubel entgegengekommen und hat seine Freude darüber kundgegeben, daß wieder frisch pulsirendes Leben in das Verhältniß zwischen Fürst und Volk gekommen ist.

In derselben herzlichen Weise haben sich die Beziehungen zwischen dem bayerischen Königshause und dem deutschen Kaiserhause gestaltet. Der Kaiser hat auf seiner Durchreise durch Bayern nicht nur München als unvermeidliche Eisenbahnstation passirt, sondern er ist dort gebührend empfangen worden und hat auch Augsburg einen Besuch abgestattet. Der Prinz-Regent steht zum Kaiser nicht lediglich im Vertragsverhältniß, sondern es bestehen zwischen Beiden die Beziehungen von Bundesgenossen, welche einander in herzlicher Freundschaft zugethan sind. Als der deutsche Kronprinz nach Bayern kam, wurde er dort nicht blos als Armee-Inspecteur betrachtet, sondern der Sohn des Prinz-Regenten übte die Pflichten des Wirthes und begleitete ihn dann zu den Manövern in Elsaß-Lothringen. Das hatte Alles einen so herzlichen, vollkommen natürlichen Anstrich, daß die wohlthuende Wirkung davon im ganzen deutschen Reiche nicht ausbleiben konnte. Vorläufig weilt der Kaiser noch in Baden-Baden, um die schönen Herbsttage in dem milderen Klima Süddeutschlands zu verleben, aber nach seiner Rückkehr ist bereits der Besuch des Prinz-Regenten in Berlin angekündigt, um dem Freundschaftsverhältniß einen neuen Antrieb zu geben.

Eine Maßregel des Prinzen Luitpold, welche in Berlin den besten Eindruck gemacht hat, ist die Abschaffung des Raupenhelms in der bayerischen Armee und Ersetzung desselben durch die Pickelhaube. Die Bayern haben zwar bei Weißenburg und Wörth, bei Orleans und bei vielen anderen Zusammenstößen mit den Franzosen, insbesondere auch bei Bazeilles gezeigt, daß es auf die Kopfbedeckung nicht ankommt, um sich als tapfere deutsche Soldaten zu erweisen, aber es ist doch eine alte, selbst durch das Sprichwort geheiligte Sitte, daß Bundesgenossen, welche für alle Zeiten Freud und Leid mit einander theilen wollen, das auch durch übereinstimmende äußere Abzeichen zu erkennen geben. Die deutsche Armee ist ein einheitlicher nach gemeinsamen Grundsätzen organisirter und geleiteter Körper und deshalb muß auch die äußere Erscheinung die gleiche sein. Bayern ist ein deutscher Staat gleich Preußen und Sachsen und regelt als solcher seine inneren Angelegenheiten nach seinen Bedürfnissen und nach eigenem Dafürhalten, aber in allen Bundesangelegenheiten ordnet es sich den Bundesinteressen unter, das hat der Prinz-Regent als Richtschnur anerkannt, als er den Raupenhelm in der bayerischen Infanterie abschaffte.

In Bayern ist gegenwärtig auf Grund der Verfassung ein geistig unzurechnungsfähiger Prinz König, seine Würde ist rein theoretisch, thatsächlich wird er niemals in die Gestaltung der Geschicke Bayerns eingreifen. Daß dies ein unnatürlicher Zustand ist, war schon zu der Zeit klar, als König Otto durch den Tod seines Bruders Ludwig zur Nachfolge auf den Thron Bayerns berufen wurde. Es schien damals nicht zweckmäßig, eine Verfassungs-Veränderung anzuregen, weil vor allen Dingen die Stellung des Prinz-Regenten als solcher nach den Vorschriften der Verfassung von den dazu berufenen Organen gesetzlich fest begründet werden mußte. Heute ist diese Bedingung erfüllt, und es macht sich das Bedürfniß lebhaft geltend, den bestehenden künstlichen Zustand in einen den Interessen des bayerischen Volkes entsprechenden natürlichen zu verwandeln. König Otto hat nach menschlichem Ermessen noch ein langes Leben vor sich, und in dieser ganzen Zeit können verfassungsgemäß alle auf die Staatsbeamten bezüglichen Acte der Regentschaft nur einen vorläufigen Charakter tragen. Dadurch wird eine Unsicherheit in die Staatsverwaltung gebracht, welche zu Unzuträglichkeiten führen und ihren regelmäßigen Gang erschweren muß. Prinz Luitpold führt die Zügel der Regierung mit fester Hand und er besitzt alle Eigenschaften, welche ihm als König Bayerns und als deutscher Bundesfürst zur Zierde gereichen. Möge er deshalb bald dem Rufe seines Volkes Folge leisten. *

### Leipzig, 16. October 1886.

* Ihre Majestät die **Kaiserin** hat in huldreicher Erwiderung auf die von dem Vorstande des **Vaterländischen Frauen-Vereins zu Berlin** zugleich im Namen der Zweigvereine zu Allerhöchstihrem Geburtstage dargebrachten ehrfurchtsvollen Glückwünsche das nachstehende Allerhöchste Handschreiben erlassen:

Die Glückwünsche des Vaterländischen Frauen-Vereins und seiner Zweigvereine rufen auch dieses Mal das dankbare Gefühl der Anerkennung in Mir hervor für das von Gott gesegnete Gedeihen des Vereins, dessen stets wachsende Verbreitung wahrhaft erfreulich ist, und für die Leistungen seiner zahlreichen Mitglieder, mit denen Ich Mich stets in gemeinsamer Arbeit verbunden fühle.

Baden-Baden, den 2. October 1886.

Augusta.

* Sicherem Vernehmen nach steht schon in der allernächsten Zeit die Veröffentlichung der bereits vor mehreren Wochen angekündigten Ernennung des Oberstlieutenants von Billaume zum Nachfolger des Generals der Infanterie von Werder als Militairbevollmächtigten in Petersburg und attachirt der Person des Kaisers von Rußland zu erwarten. Die Wahl ist besonders glücklich. Herr von Billaume, der aus dem Garde-Feldartillerie-Regiment in den Großen Generalstab übergegangen und in diesem Sommer zum Flügeladjutanten ernannt worden ist, hat sich in seiner mehrjährigen Stellung als erster Militairattaché in Paris und Nachfolger des Herrn von Bülow hervorragend ausgezeichnet. In Rußland kann er auf vorzügliche Aufnahme rechnen, da er den letzten russisch-türkischen Feldzug gemeinsam mit dem Grafen Wedel, unserem jetzigen Militair-Attaché in Wien, im russischen Lager mitgemacht und sich dort zahlreiche Freunde erworben hat.

* Der **Bundesrath** hat am Donnerstag nach mehrmonatlicher Unterbrechung wieder eine **Plenarsitzung** abgehalten, die sich indessen nicht mit Fragen von allgemeinerem Interesse beschäftigte. Hinsichtlich der Vorbereitungen für die **Reichstagssession** hört man, daß die hochpolitischen Vorlagen, wie die Militair- und eine neue Branntweinsteuervorlage, wenn es überhaupt zu einer solchen kommt, jedenfalls erst in der zweiten Hälfte der Session, nach Neujahr, eingebracht werden sollen. Die Thätigkeit des Reichstags in der Zeit vor Weihnachten würde vornehmlich in der Berathung des Etats, sowie einiger kleiner Vorlagen bestehen, die in der vorigen Wintersession unerledigt geblieben sind, wie die Revision des Seestraßenrechts, die Errichtung eines orientalischen Seminars u. A.

* Dem **Bundesrath** ist ein Entwurf zu Bestimmungen, betreffend die Wiederholung der **statistischen Aufnahme des Heilpersonals**, des pharmaceutischen Personals und der pharmaceutischen Anstalten zugegangen. Danach sollen die statistischen Aufnahmen hierüber in den Bundesstaaten und in Elsaß-Lothringen nach dem Stande vom 1. December 1886 ausgeführt werden. Die erforderlichen Erhebungen sollen nach einem bestimmten Formular und bestimmten Fragebogen in Preußen nach Kreisen und in den übrigen Staaten nach den entsprechenden Verwaltungsbezirken durch die von den einzelnen Bundesregierungen zu bezeichnenden Organe ausgeführt werden. Die Ergebnisse sollen spätestens bis zum 1. April künftigen Jahres dem kaiserlichen Gesundheitsamt übersandt, von diesem bearbeitet und später veröffentlicht werden. Die Erhebungen werden ausgedehnt auf approbirte Aerzte, approbirte Medicinal-Personen, welche den Titel „Arzt" nicht führen dürfen, staatlich geprüfte Heildiener, Krankenpfleger, Hebammen, nicht approbirte Personen beiderlei Geschlechts, welche die gewerbsmäßige Behandlung kranker Menschen betreiben, und approbirte Thierärzte, ferner auch Apotheken, Dispensir-Anstalten und pharmaceutisches Personal der Apotheken. Der Entwurf der Verordnung ist von einer Denkschrift begleitet, welche auseinandersetzt, weshalb nach erfolgten erstmaligen Erhebungen vor zehn Jahren jetzt eine Wiederholung geboten erscheine, obschon einzelne Landesregierungen für sich solche Erhebungen bereits früher hätten eintreten lassen. Die Kosten würden nicht erheblich sein.

* Die „**Nationalliberale Correspondenz**" schreibt zur Parteilage:

Ueber den Gedanken einer Verschmelzung der nationalliberalen und der freiconservativen Partei ist der Kölner Parteitag mit gutem Recht ohne viel Reden zur Tagesordnung übergegangen. An maßgebenden Stellen ist dieser Gedanke niemals ernstlich erwogen worden; er entsprang nur einer ganz vereinzelten, auf besonderen localen Verhältnissen beruhenden Anregung, die nunmehr wohl von keiner Seite weiter verfolgt werden wird. Einer Verschmelzung der beiden Parteien würden sehr viele principielle und praktische Bedenken entgegenstehen, und sie würde voraussichtlich keiner von beiden zum Segen gereichen. Das kann um so ruhiger ausgesprochen werden, als in nationalliberalen Kreisen Einstimmigkeit darüber herrscht, daß ein möglichst inniges und festes Zusammengehen der beiden gemäßigten Mittelparteien bei vollkommener äußerer Selbständigkeit derselben anzustreben ist und nur das einen gesunden Gang unserer Politik verbürgt. Ganz dieselben Anschauungen herrschen, wie nicht zu bezweifeln ist, auch bei der freiconservativen Partei, und wenn das Verhältniß zwischen den Nationalliberalen und den Deutschconservativen nicht immer ein so erspießliches ist, wie es im Interesse einer gesunden Parteicombination wünschenswerth wäre, so ist daran die Kopflosigkeit, Unduldsamkeit und Kurzsichtigkeit jenes kleinen, aber einflußreichen hochreactionären Kreises schuld, der sich um die „Kreuz-Zeitung" schaart. Auf dem Zusammenwirken einer gemäßigt conservativen und einer gemäßigt liberalen Richtung hat unsere ganze Gesetzgebung in dem Jahrzehnt beruht, da unser nationales Reich gegründet und befestigt wurde, die grundlegendsten und werthvollsten Schöpfungen sind aus jenem Zusammenwirken hervorgegangen, und wir werden zu gesunden parlamentarischen Verhältnissen erst wieder gelangen, wenn diese Parteien wieder stark genug sein werden, die Mehrheit im Reichstag zu bilden. Das hat Keiner richtiger erkannt und schärfer ausgesprochen als Herr Rickert, ehe er sich vom Radicalismus umgarnen ließ. Auf dem Kölner Parteitag ist Herr Rickert sehr gerügmäß an eine Rede erinnert worden, die er noch im Jahre 1880 gehalten. Damals sprach er: „Ist es nicht die Signatur der ganzen inneren Geschichte des deutschen Volkes seit 1867, daß wir im Verein mit der rechten Seite jene Schöpfungen beschlossen haben, auf welche die Nation Ursache hat, stolz zu sein und welche die Grundlage aller unserer staatlichen Entwickelung sind? Wir werden uns niemals davor schrecken, mit den conservativen Parteien in Gemeinschaft diejenigen Gesetze zu beschließen, welche wir im Interesse und zum Wohl des Vaterlandes für geboten halten. Das wird unsere Politik in Preußen und das wird sie hoffentlich auch für die Dauer im deutschen Reich sein." Das war auch der Grundgedanke der Betrachtungen, welche zu Köln über die Parteiverhältnisse angestellt wurden und den Zorn der deutschfreisinnigen Presse erregt haben. Aber von dem Streben nach möglichstem Zusammenwirken bis zur Verschmelzung in einer einzigen Partei ist doch noch ein sehr weiter Schritt. Bei aller Gereiztheit, in den wichtigen realen Aufgaben, die unsere nationale Wohlfahrt uns auferlegt, zu einer Verständigung unter den nach positiven praktischen Zielen strebenden Parteien zu gelangen, können doch auch wieder die principiellen Unterschiede nicht überbrücken werden, welche die conservativen und die liberalen Anschauungen, beide auch in ihrer gemäßigten Erscheinungsform, von einander trennen.

* Einer preußischen Ministerial-Entscheidung zufolge soll es bei der seit 11 Jahren bestehenden Uebung verbleiben, wonach die jährlichen **Zulagen**, welche die außerhalb des Wohnorts ihrer Eltern u. s. w. als Officiere in Besatzung stehenden Söhne von diesen erhalten, bei der Festsetzung des Jahreseinkommens der letzteren bei ihrer Veranlagung zur **Einkommensteuer** außer Ansatz zu lassen sind, weil sie nach den obwaltenden Umständen als auf rechtlicher Verpflichtung ruhend anzusehen und deshalb den Schuldenzinsen gleichzustellen sind.

* Die Reise des Staatsministers von Boetticher nach Ost- und Westpreußen war, wie officiös verlautet, der Prüfung der gewerblichen und commerziellen Verhältnisse dieser Landestheile gewidmet. Die Industrie ist in denselben allerdings noch nicht weit entwickelt, allein das, was an Industrie zur Zeit vorhanden ist, erscheint gesund und einer weiteren Entwickelung fähig. Einzelne Etablissements, wir nennen hier nur die Schichau'sche Schiffsbau-Anstalt in Elbing, haben bereits Weltruf. Vor Allem darf den industriellen Ost- und Westpreußens eine lobenswerthe Fürsorge für das Wohlbefinden ihrer Arbeiter, deren Gesundheit und sonstige Wohlfahrt nachgerühmt werden. Auch die Cigarrenfabriken, deren sanitäre Zustände sonst so viel zu wünschen übrig lassen, zeigen durchaus befriedigende Verhältnisse. Die Wohlfahrtseinrichtungen der großen Cigarrenfabriken von Großkopf in Königsberg, von Loeser und Wolf in Elbing sind sogar geradezu musterhaft. Wenn so gesunde Ansätze zu einer kräftigen industriellen Entwickelung vielfach und zwar nicht blos in den größeren Städten vorhanden sind, wie denn zum Beispiel Allenstein in raschem Aufblühen und Wachsen begriffen ist, so klagt allerdings der Handelsstand der großen Seestädte sehr über den Rückgang des Verkehrs. Die Ursachen sind vorzugsweise zweierlei: die Verkehrspolitik Rußlands, welche planmäßig und selbst mit finanziellen Opfern die Eisenbahntransporte von den preußischen Häfen ablenkt und den russischen Häfen an der Ostsee und dem Schwarzen Meere zuführt, und der Rückgang der Segelschifffahrt. Letzterer ist eine allgemeine durch die Entwickelung der Dampfschifffahrt bedingte Erscheinung, welche mit der deutschen Handelspolitik in keinem Zusammenhange steht. Aber auch die Verkehrspolitik der russischen Regierung ist eine völlig selbstständige und beruht auf Gesichtspuncten, welche von der deutschen Wirthschaftspolitik unabhängig sind. — Die preußische Staatsregierung thut, was in ihren Kräften steht, um den preußischen Seestädten ihre Lage zu erleichtern. Pillau und Neufahrwasser sind mit einem Kostenaufwand von nahezu 9 Millionen Mark den Bedürfnissen der Schifffahrt und insbesondere für den Dampferverkehr ausgebaut; die Wasserstraßen, welche für die Concurrenz mit den östlichen Bahnen von besonderer Bedeutung sind, wurden in Ostpreußen bereits den Bedürfnissen der Canalschifffahrt entsprechend verbessert, die Memel und ihre Mündungsarme regulirt, der große Friedrichsgraben erweitert ꝛc. und die Regulirung der Weichsel wird so sehr beschleunigt, wie dies wirthschaftlich und technisch nur angeht. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß die Staatsregierung in der Fürsorge für die Verkehrseinrichtungen der beiden preußischen Provinzen auch in der Folge nicht erlahmen, sondern das Ihrige in reichem Maße thun wird. Der Plan einer Haffkrinne zwischen Königsberg und Pillau, durch welche der erstgedachte Hafen für Schiffe von 6 bis 6½ Metern Tiefgang zugänglich gemacht werden soll, und von dem man sich in Königsberg viel verspricht, unterliegt eben gegenwärtig eingehender Prüfung.

* Der rasche Fortgang der Güterankäufe in Posen und Westpreußen hat die Thätigkeit der Ansiedelungscommission in solchem Maße in Anspruch genommen, daß sie in ihrer jüngsten Sitzung nicht so weit mit der Feststellung des Ansiedelungsprogramms vorgeschritten ist, als dies ursprünglich beabsichtigt war. Sie wird daher in der nächsten Sitzung auf diesen Gegenstand zurückkommen müssen.

* Die Berliner „Post" schreibt: „Zwei hiesige Zeitungen haben sich neulich über die Thatsache gestritten, ob der Kaiser dem Sultan von Marokko ein Exemplar des Talmuds in hebräischer Sprache verehrt habe. Die Mittheilung hatte der „Berliner Börsen-Courier" gebracht, das „Berliner Tageblatt" spottete über dieselbe und behauptete zu wissen, daß der Talmud nicht dem Sultan, sondern dem Ober-Rabbiner von Marokko geschenkt worden sei, welcher zugleich als österreichischer Consul fungire. Wie wir von zuverlässiger